



Presseschau vom 13.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Kramp-Karrenbauer will nach dem "Liebesfest" mit den USA Stärke gegenüber China zeigen**

Deutschland und die EU wollen im Indopazifik mitmischen. Die Verteidigungsministerin betont, Deutschland sei vom Indopazifik "direkt betroffen". Dort "fallen wichtige Entscheidungen über Freiheit, Frieden und Wohlstand". Die Bundesmarine plant die Entsendung einer Fregatte. ...

<https://kurz.rt.com/2g5y>

Nebojsa Malic: **Twitter besorgt über öffentliche Gespräche nach Verlangsamung seines Betriebes durch Russland**

Der Mikroblogging-Dienst ist nun total unzufrieden, von der russischen Medienaufsichtsbehörde gedrosselt zu werden. Mehrere Aufrufe vonseiten Russlands, illegitime Inhalte mit Kinderpornografie und Anstiftungen zum Selbstmord von Minderjährigen zu sperren, waren zuvor vergeblich. ...

<https://kurz.rt.com/2g58>

Susan Bonath: **Moralisieren statt Herrschaftskritik: Die Corona-Krise der Linken**

Gegen Kapitalismus, Unterdrückung und Ausbeutung: So klangen linke Parolen früher. Davon ist derzeit nicht viel zu hören: Die etablierte Linke begnügt sich mit seichter Sozialkritik und hält dem autoritären Maßnahmenstaat die Stange. Wie konnte es so weit

kommen? ...

<https://kurz.rt.com/2g7b>

Rainer Rupp: Atlantic Council – Vom Thinktank zur Fabrik für Hetzschriften (Teil 1)

"Russland nach Putin: Wie der Staat wieder aufgebaut werden kann". Das ist der provokante Titel eines Berichtes des sehr einflussreichen Atlantic Council. Aber mit Berichten wie diesem ist der Thinktank längst zum billigen Propagandamittel gegen Widersacher der sogenannten "Wertegemeinschaft" verkommen. ...

<https://kurz.rt.com/2g4v>

abends/nachts:

rusvesna.su: **"Bedrohung der globalen Sicherheit": Ständige US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen beschuldigte Russland, "die Krim zu militarisieren"**

Die Ständige Vertreterin der USA bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, bezeichnete die "Militarisierung der Krim durch Russland" als Bedrohung für die globale Sicherheit.

Am Freitag fand ein informelles Treffen des UN-Sicherheitsrates zum Thema Krim statt. Das Treffen wurde von Estland und 20 anderen Staaten initiiert. Darunter befinden sich Frankreich, Irland, Norwegen, Großbritannien, die USA sowie Georgien, Deutschland, Litauen, Polen, die Türkei, die Ukraine und andere Länder. Wie der erste stellvertretende Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanskij, sagte, weigerte sich Estland, den Bewohnern der Krim bei dieser Veranstaltung das Wort zu erteilen, ohne die Gründe zu erläutern.

Laut Thomas-Greenfield "hat die Militarisierung der Halbinsel weit über die Grenzen der Ukraine hinaus Folgen."

„Russland hat nuklear bewaffnete Flugzeuge, Raketen, Waffen und Munition auf der Halbinsel eingesetzt und seine militärische Präsenz im Schwarzen und Asowschen Meer sowie in der Straße von Kertsch erhöht. Dies ist eine Bedrohung für die globale Sicherheit insgesamt“, sagte Thomas-Greenfield.

Darüber hinaus forderte sie Russland auf, humanitären Helfern, OSZE- und UN-Mitarbeitern unverzüglich die Einreise auf die Krim zu ermöglichen.

Zuvor hatten die Vereinigten Staaten bereits die "Militarisierung" der Krim betont. Die Staatsduma nannte diese Aussagen Unsinn und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands. Auf der Krim wurde Washingtons Position zur "Militarisierung" der Halbinsel mit dem Verhalten eines Zombies verglichen, der "immer dasselbe Mantra" wiederholt.

Die russischen Föderations- und Krimbehörden haben wiederholt erklärt, dass der Zugang zur Halbinsel offen sei. Die offizielle Vertreterin des Außenministeriums der Russischen Föderation Maria Sacharowa erklärte zuvor, Moskau sei immer bereit, internationale Kontrollmechanismen im Bereich der Menschenrechte auf der Krim zu akzeptieren.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/krym_rossiya_5.jpg

rusvesna.su: **Die Staatsduma reagierte auf den Aufruf des Außenministers der Ukraine, den Zugang zur Krim zu "öffnen"**

Der Abgeordnete der Staatsduma Ruslan Balbek bezeichnete in einem Interview mit RT die Aussage des ukrainischen Außenministers Dmitri Kuleba als anmaßend und fruchtlos. Zuvor hatte Kuleba Russland aufgefordert, "den Zugang zur Krim zu öffnen" und "eine nicht politisierte Position einzunehmen".

„Jeder, der auf die Krim kommen will, kommt: sowohl Touristen als auch ausländische Politiker, aber in Übereinstimmung mit den russischen Regeln für den Besuch der Halbinsel. Niemand wird zu ukrainischen Bedingungen hierher kommen“, sagte Balbek.

Laut dem Abgeordneten enthält die Aussage von Kuleba auch verzerrte Informationen. Niemand hindere verschiedene Beobachter- und humanitäre Missionen daran, sich mit dem Leben auf der Halbinsel vertraut zu machen, wenn sie wollen, betonte Balbek. ...



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/gosduma_9.jpg

denis-pushilin.ru: Für das Jahr 2021 sind für den **Wiederaufbau von Objekten der Wohnraums und des sozialen Bereichs** 600 Mio. Rubel vorgesehen, für die Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Nutzungscharakteristika von Systemen und Objekten der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft – 1,2 Mrd. Rubel. Dies erklärte am 11. März bei einer Sitzung mit Ministern das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

Nach seinen Worten sind in diesem Jahre der Wiederaufbau einer Wasserleitung in Tores, der Bau von Wasserversorgungs- und Abwassernetzen in Sedowo, von Kanalisationssystemen in Karlo-Marxowo, für die Reparatur einer Windpumpstation in Schachtjorsk und Arbeiten in Sneshnoje vorgesehen.

„Für uns ist sehr wichtig, dass wir heute endlich systematisch und nicht nur punktuell die Probleme lösen können, die sich praktisch in Jahrzehnten angehäuft haben.

In der letzten Woche haben wir schon Fragen der Umsetzung des Programms zum Wiederaufbau und zur Entwicklung auf einer Sitzung mit den Leitern der Verwaltungen von Städten und Bezirken der Republik aufgeworfen. Der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft informierte, dass bis Ende März alle Arbeiten an Objekten, die im Programm 2020 für das Bauministerium enthalten waren, abgeschlossen sein werden“, erinnerte Denis Puschilin und erläuterte, dass eine Ausnahme die Objekte sind, bei denen für die Durchführung von Fassadenarbeiten entsprechende Temperaturen notwendig sind.... Der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft zählte auch die Maßnahmen auf, die für 2021 geplant sind. Das ist die Sanierung von 73 Mehrparteienwohnhäusern, 85 Schieferdächern von Mehrparteienwohnhäusern, die Sanierung Modernisierung von 138 Aufzügen (47 davon sind bereits seit mehr als zehn Jahren nicht mehr in Betrieb). Außerdem wurden Objekte der Heizungs- und Gasversorgung in das Programm für Wiederaufbau und Entwicklung für 2021 aufgenommen, darunter der Bau von Heizwerken in Tores, Sugres, die erste Etappe des Bau einer Gasleitung in Debalzewo, die Reparatur einer Gasleitung in Makejewka, 11 große Objekte der Wasserversorgung.

„In dem Programm sind 128 Objekte, die bei den Kampfhandlungen beschädigt wurden, 27 soziale Objekte, wo Sanierungen durchgeführt werden müssen. Lange Zeit wurden für diese Objekte keine Gelder für solche Arbeiten zur Verfügung gestellt. Es sind Objekte des Ministeriums für Jugend, Sport und Tourismus, des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, des Kulturministeriums“, sagte Sergej Naumez.

Das Staatsoberhaupt unterstrich, dass nach wie vor die Frage einer persönlichen Kontrolle der Fristen bei der Ausführung der Arbeiten wichtig ist.

„Wir erwarten von Ihnen Vorschläge unter Berücksichtigung der Fehler, Mängel, Schwierigkeiten, mit denen wir 2020 zu tun hatten. Es muss maximal versucht werden, diese zu verhindern“, sagte Denis Puschilin. ...

de.rt.com: **Neue Schlappe für die EU: Impflieferungen verzögert und ungewiss**

Der Impfersteller AstraZeneca kann seine Lieferversprechen nicht einhalten. Auch die Lieferungen des Vakzins von Johnson & Johnson sind ungewiss. Der österreichische Bundeskanzler kritisiert die ungleiche Verteilung der Impfstoffe in der EU und vermutet Nebenabsprachen.

Die EU Kommission hat sich das Ziel gesetzt, bis Ende des Sommers 70 Prozent der Erwachsenen in der EU gegen das Coronavirus zu impfen. Einige Länder aber könnten das Nachsehen haben und später beliefert werden als andere. Der österreichische Bundeskanzler kritisiert das Vorgehen, welches nicht im Sinne des EU-Geistes ist. Hinzu kommen erneute Lieferverzögerungen von Vakzin-Herstellern.

In mehreren EU-Ländern wurden Impfungen mit dem Vakzin von AstraZeneca vorübergehend eingestellt. Grund sind Fälle von Blutgerinnseln, die in Verbindung mit dem Impfpräparat stehen könnten. Eigentlich sollte die EU von AstraZeneca 90 Millionen Impfdosen erhalten. Erneut korrigierte der Hersteller die Liefermengen. Bis Ende März werden die EU-Länder nur mit 30 statt 40 Millionen Impfdosen des schwedisch-britischen Herstellers AstraZeneca beliefert werden können, hieß es nun. Wann die versprochene Zahl von 90 Millionen Dosen erfüllt sein wird, bleibt unsicher.

Schuld, so der Konzern, seien Probleme in der internationalen Lieferkette durch Schwierigkeiten in einem belgischen Werk. In der EU reagierte man frustriert und forderte

den Vakzin-Produzenten auf, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Der kürzlich zugelassene Impfstoff von Johnson & Johnson sollte ebenfalls helfen, die schleppenden Impfungen in der EU anzukurbeln. Insgesamt 200 Millionen Impfdosen sollten die EU erreichen. Wann genau diese eintreffen können, bleibt unklar. Der Gesundheitsminister Jens Spahn sprach von Mitte oder Ende April. Denn auch die USA könnte den Export von dort hergestellten Vakzinen unterbinden, wie es bereits Italien mit Verweis auf EU-Recht getan hat. Gerade auf dieses Vakzin hatte man gehofft, denn dafür braucht es nur eine Dosis.

Kritik an der Verteilung des Impfstoffes innerhalb der Europäischen Union kommt vom österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Die Impfdosen würden zu unterschiedlich verteilt, so der ÖVP-Politiker am Freitag. Vereinbart worden sei eine faire Pro-Kopf-Verteilung:

"Diese Lieferpläne stehen klar im Widerspruch zum politischen Ziel der Europäischen Union, nämlich dass alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen pro Kopf ihren Anteil an Impfdosen erhalten sollen."

Nebenabsprachen im Lenkungsausschuss der EU zwischen den Mitgliedsländern und der EU könnten Ländern, wie Bulgarien und Lettland, den Zugang zu Impfstoffen erschweren. Malta würde beispielsweise dreimal so viele Vakzine erhalten wie das Land Bulgarien. Die Verteilung richte sich fälschlicherweise nicht nach der Bevölkerungszahl.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604ba44c48fbef420960d687.jpg>

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. März 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

12:40 Uhr Katerinowka – **Molodjoshnoje**: Mörser 82mm (6 Mörsergeschosse); Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Bolivien: Verhaftungen von Mitgliedern der früheren Übergangsregierung wegen Staatstrechs

Die bolivianische Staatsanwaltschaft hat einen Haftbefehl gegen mehrere frühere Mitglieder der Übergangsregierung um Interimspräsidentin Jeanine Áñez erlassen. Zwei Minister wurden wegen Terrorismus und Aufstands verhaftet. Auch Áñez wurde in Gewahrsam genommen. Nachdem die Staatsanwaltschaft der Provinz La Paz einen Haftbefehl gegen mehrere frühere Kabinettsmitglieder der bolivianischen Ex-Übergangspräsidentin Jeanine Áñez ausgestellt hatte, wurden am Freitag in Trinidad in der Provinz Beni zwei Minister in Gewahrsam genommen. Dabei handelte es sich um den früheren Energieminister Rodrigo Guzmán und

den früheren Justizminister Álvaro Coimbra. Demnächst sollten sie nach La Pas befördert werden und sich wegen "Terrorismus und Aufstands" verantworten müssen.

Guzmán bezeichnete seine Verhaftung als "Entführung" und "Amtsmissbrauch", weil er über seine Festnahme nach eigenen Angaben nicht informiert worden war. Die neue Staatsführung nannte er eine Diktatur und eine Tyrannei.

Die ehemalige Übergangspräsidentin Áñez kritisierte die Verhaftungen scharf und sprach am Freitag auf Twitter von einer "politischen Verfolgung". Zugleich warf sie der regierenden Linkspartei MAS vor, in dem südamerikanischen Land zum "Stil der Diktatur" zurückzukehren.

"Die politische Verfolgung hat begonnen. Die MAS hat beschlossen, zum Stil der Diktatur zurückzukehren. Schade, denn Bolivien braucht keine Diktatoren, sondern Freiheit und Problemlösungen."

Die Politikerin verlinkte auf einen Haftbefehl wegen Terrorismus, Volksverhetzung und Verschwörung. Einige Stunden später gab Áñez in einem weiteren Tweet bekannt, dass die jetzige Regierung befohlen habe, sie zu verhaften. Man werfe ihr die Beteiligung an einem Staatsstreich vor, der niemals stattgefunden habe.

Die Behörden bestätigten die Verhaftung der früheren Interimspräsidentin. Dabei begründete man die Festnahmen der hochrangigen Politiker mit einem hohen Fluchtrisiko.

In den vergangenen Tagen waren schon Haftbefehle gegen Boliviens ehemaligen Polizeikommandanten, Yuri Calderón, und den ehemaligen Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Williams Kaliman, erlassen worden.

Áñez war Übergangspräsidentin geworden, nachdem Präsident Evo Morales nach der Wahl im Oktober 2019 auf Druck des Militärs zurücktreten war. Ihm wurde Wahlbetrug vorgeworfen. Morales setzte sich ins Ausland ab. Nicht nur Morales' Anhänger bezeichneten diese Machtübernahme als Putsch. Der MAS-Kandidat Luis Arce entschied dann eine mehrfach verschobene Präsidentenwahl im Oktober für sich. Dies ermöglichte Morales die Rückkehr aus Argentinien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604c592748fbef421c5bb3d8.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. März 3:00 Uhr bis 13. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (8 Mörsergeschosse);

Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (3 Schüsse); Antipanzergranatwerfer –

einmal (3 Granaten); großkalibrige Maschinengewehre – einmal; Schusswaffen – einmal.
Richtung Mariupol: Antipanzergranatwerfer – zweimal (4 Granaten), automatische
Granatwerfer – einmal (10 Granaten); Schusswaffen – zweimal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Luganskoje, Staromichajlowka,
Jelenowka, Nowolaspa, Leninskoje, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im
Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 33.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der
Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **USA sehen in fünf chinesischen Telekom-Konzernen ein Sicherheitsrisiko**

Die US-Telekommunikationsaufsicht FCC hat eine Liste mit fünf chinesischen Unternehmen
veröffentlicht, die die Behörde als Bedrohung für Amerika betrachtet. Die Konzerne seien ein
„inakzeptables Risiko“ für die nationale Sicherheit, erklärte FCC am Freitag in Washington.
Bei den Firmen handelt es sich neben den großen Smartphone-Herstellern und
Netzwerkausrüstern Huawei und ZTE, die bereits stark von US-Sanktionen betroffen sind,
auch um Hytera Communications sowie Hangzhou Hikvision Digital Technology und Dahua
Technology.

Die kommissarische FCC-Vorsitzende Jessica Rosenworcel sprach von einem „großen Schritt
zur Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Kommunikationsnetzwerke“. Die Liste solle
sicherstellen, dass Fehler der Vergangenheit sich beim weiteren Netzausbau in den USA nicht
wiederholten, sagte sie. US-Bürger seien stärker denn je auf sichere
Kommunikationsnetzwerke angewiesen – sei es bei der Arbeit, für die Schule oder im
Gesundheitssystem.

Stellungnahmen der Unternehmen lagen zunächst nicht vor.

Lug-info.com: **In der LVR sind am 13. März um 9:00 Uhr 3314 Fälle von
Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.**

**Davon wurden bis 2777 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen
entlassen.**

Seit Beginn der Pandemie gibt es 290 Todesfälle.

de.rt.com: **Klare Warnung nach Washington: Moskau droht mit Vergeltung, falls USA
Raketen in Japan stationieren**

Seit der Amtszeit von Präsident George W. Bush steigt die Supermacht USA aus einem
Rüstungskontrollvertrag nach dem anderen aus. Parallel dazu baut sie ihre Drohkulisse gegen
Staaten wie Russland und China auf. Moskau droht nun mit Konsequenzen.

Das russische Außenministerium hat erklärt, dass die angebliche, bisher nicht offiziell
bestätigte Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in der asiatisch-
pazifischen Region einen neuen Rüstungswettlauf und eine Konfrontation mit
unvorhersehbaren Folgen auslösen könnte.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, reagierte am Freitag auf
einer Pressekonferenz auf Berichte japanischer Medien, denen zufolge in Washington und
Tokio Pläne zur Stationierung US-amerikanischer Raketensysteme in Japan diskutiert würden.
Solche Raketensysteme waren vor August 2019, als der damalige US-Präsident Donald
Trump den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem INF-Vertrag verkündete, noch verboten.
Sacharowa erklärte:

"Ich möchte noch einmal betonen, dass die Stationierung amerikanischer Mittelstrecken- und
Kurzstrecken-Bodenraketen in verschiedenen Regionen der Welt, einschließlich des asiatisch-

pazifischen Raums, in jeder Konfiguration eine extrem destabilisierende Wirkung in Bezug auf die internationale und regionale Sicherheit haben würde."

Die russische Sprecherin fügte hinzu, dass dies wahrscheinlich ein brandgefährliches neues Wettrüsten auslösen würde. Eine russische Reaktion würde "zweifellos" folgen.

Moskau sei Sacharowa zufolge offen für eine "gleichberechtigte und konstruktive Arbeit" zur Stärkung der internationalen Sicherheit nach dem Ende des INF-Vertrags.

Im vergangenen Jahr hatte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen des Waldai-Klubs, einer angesehenen russischen Denkfabrik, versichert, dass Moskau Vergeltungsmaßnahmen gegen eine Stationierung von US-Raketen in der asiatisch-pazifischen Region ergreifen werde. Er erklärte damals:

"Wir haben leider neue Bedrohungen. Zum Beispiel sind die Absichten und Äußerungen unserer amerikanischen Partner über die Möglichkeit der Stationierung von Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in der asiatisch-pazifischen Region alarmierend. Ohne jeden Zweifel werden wir etwas als Antwort darauf unternehmen müssen. Das ist eine absolut offenkundige Tatsache."

Dieser Kommentar folgte auf eine Äußerung des damaligen US-Verteidigungsministers Mark Esper, dass man in Washington, D.C. plane, die Zahl der US-Raketen in Europa und Asien zu erhöhen.

Der INF-Vertrag wurde 1987 von den damaligen Präsidenten der Sowjetunion und USA Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnet und verbot seitdem den beiden Supermächten die Herstellung und Stationierung bestimmter Raketentypen mittlerer Reichweite. Im Februar 2019 leitete Washington das Verfahren zum Ausstieg aus diesem Abkommen ein, mit dem scheinheiligen Argument, dass Moskau insgeheim gegen den Vertrag verstoße, was Russland jedoch stets vehement bestritten hatte. Mehrmals lud Russland die US-Seite dazu ein, technische Inspektionen an den umstrittenen russischen Waffensystemen durchzuführen, worauf man sich in Washington jedoch zu keinem Zeitpunkt einließ. Die USA verließen den INF-Vertrag endgültig am 2. August 2019.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604b8aee48fbef421c5bb395.jpg>

Mzdnr.ru: Am 12. März wurden in der DVR 659 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 209 positiv, bei 34 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 13. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 26.383 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5638 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 18.625 als gesund entlassen, es gibt 2120 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 60 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 13 Fälle weniger als in den letzten 24 Stunden. Davon wurden 43 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 920 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 459 mit Sauerstoffunterstützung (+14 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

de.rt.com: **Nach Mord an Frau in London: Grünen-Politikerin fordert Ausgangssperre für Männer**

Baroness Jenny Jones, eine Politikerin der britischen Grünen Partei, hat nach dem tragischen Mord an einer Londonerin eine Sperrstunde ab 18 Uhr für Männer gefordert und ist damit auf leichtes Unverständnis seitens der Bevölkerung und Politikerkollegen gestoßen.

Nachdem am Donnerstag eine zutiefst traurige Geschichte über die Entführung und Ermordung der Londonerin Sarah Everard bekannt geworden war, kam es zu landesweiten Aufrufen, Männer sollen proaktiv sicherstellen, dass sich Frauen auf den Straßen Großbritanniens sicher fühlen. Jedoch wurde auch der Vorschlag der Grünen-Politikerin Jenny Jones hierzu kritisiert.

Diese drohte am Mittwochabend damit, einen Änderungsantrag "zum nächsten dafür geeigneten" Gesetzentwurf einzubringen: Damit soll eine Ausgangssperre ab 18 Uhr eingeführt werden – und zwar ausschließlich für Männer. Dem fast leeren Sitzungssaal des House of Lords entlockten ihre Forderungen noch nicht einmal ein Raunen – online hingegen verursachten sie eine Welle von Unverständnis. So bezeichnete der wohl prominenteste Brexiter Nigel Farage die Baroness als "derangiert":

"Nur falls Sie dachten, ich übertreibe, wenn ich sage, die Linksliberale sei völlig verwirrt ... Diese Grünen-Politikerin will eine Ausgangssperre für Männer ab 18 Uhr. Ein besseres Argument für eine Reform des Oberhauses gab es noch nie."

Ein Twitteraner schrieb:

"Wie sollen wir denn nach 18 Uhr die Straßen überwachen?!?! Dazu könnten wir ja Männer brauchen".

Ein anderer kommentierte:

"Und was ist, wenn ich entscheide, mich als Frau zu identifizieren – was ich ja nach Jenny Jones' höchstgelegenen Regeln tun kann, wann immer und wie immer ich will?"

Einer Reihe von Twitter-Nutzern war Jones' Vorschlag ein Grund zur Sorge um das grüne Image: Jones, so ihr Konsens, untergrabe die Glaubwürdigkeit der Grünen Partei, deren Agenda in den letzten Jahren immer mehr in den Mainstream einfluss, während die Grünen selbst in Großbritannien eine kleine Partei mit nur einem einzigen der 650 Sitze im Parlament des Landes geblieben sind.

Obwohl bislang niemand der ehemaligen Leiterin der Reformpartei unmittelbar die Stirn bot, forderten einige Twitter-Nutzer die Öffentlichkeit auf, Jones' Drohung nicht zu wörtlich zu nehmen. Andere suggerierten scherzhaft, Jones gehe nicht weit genug:

"Warum beschränken wir uns auf 'nach 18 Uhr'? Warum verbieten wir nicht einfach ... die Männer?"

Jones' Aufruf erfolgte nach einer Bekanntgabe der britischen Polizei, wahrscheinlich die Überreste von Everard gefunden zu haben. Diese verschwand vergangene Woche irgendwo zwischen den Londoner Bezirken Clapham und Brixton. Am Mittwoch gab die Polizei ferner bekannt, dass sie einen Beamten der Metropolitan Police auf Verdacht mit Everards Entführung und Ermordung festgenommen hatte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604b585db480cc6e6037ddb9.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

In den letzten 24 Stunden vom 12. auf den 13. März ist eine **Verstärkung der Aggression von Seiten des Gegners** und eine Zunahme der Intensität des Beschusses festzustellen. Die ukrainischen bewaffneten Formationen haben **achtmal die geltenden Vereinbarungen zur Einhaltung eines Regimes der Feueereinstellung verletzt**.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Brigade fünf Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert und mit Schusswaffen auf die **Siedlung Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka geschossen.

In **Richtung Donezk** wurde von den Positionen eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade, die operativ der 28. mechanisierten Brigade unterstellt ist, mit 120mm-Mörsern auf **Luganskoje** und mit Schützenpanzerwaffen auf **Jelenowka** geschossen. Die Ortschaft **Staromichajlowka** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Bataillons der 36. Marineinfanteriebrigade mit Schusswaffen in Richtung **Kominternowo** und zweimal Antipanzergranatwerfern auf **Leninskoje** geschossen.

Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade haben mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen **Nowolaspa** beschossen.

Um die Sicherheit der Zivilbevölkerung der Donezker Volksrepublik zu gewährleisten, **waren unsere Verteidiger gezwungen, dreimal das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Arten von Waffen auf die Feuerstellungen, von denen aus der Beschuss erfolgte, zu eröffnen**.

Aber wir teilen mit Trauer mit, dass **einer unserer Verteidiger** bei der Verteidigung der Republik gegen die ukrainische Aggression **tödlich verletzt** wurde. Wir bringen den Verwandten und Freunden des Toten gegenüber unseres aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Während des Beschusses von Lugasnoje haben ukrainische Kämpfer das **Feuer der 120mm-Mörser mit Hilfe einer Drohne „Mavic-2“ geleitet, die durch koordinierte Handlungen von Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz der DVR vernichtet wurde**.

Die Professionalität unserer Verteidiger, die das Luftaufklärungsmittel des Gegners vernichtet haben, erlaubte es den ukrainischen Terroristen nicht, Objekten der zivilen Infrastruktur Schaden und der Zivilbevölkerung Leid zuzufügen.

Gleichzeitig hat das ukrainische Kommando fälschlich die Volksmiliz der DVR in Bezug auf 13 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung beschuldigt und künstlich ein unrichtiges Bild des Geschehens geschaffen.

Wir erklären offiziell, dass die von den ukrainischen Propagandisten veröffentlichten Mitteilungen Desinformationen sind und ein Versuch des Kommandos der bewaffneten Formationen der Ukraine, den brüchigen Waffenstillstand zum Scheitern zu bringen. Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sich eine Stellung eines Schützenpanzers auf dem Bestand der 10. Gebirgsturmgrade am Rand von Nowgorodskoje in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern befindet.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus eine Feuerprovokation begangen und das **Gelände des Volvo-Zentrums** in Donezk mit einem Unterlaufgranatwerfer beschossen.

Es muss angemerkt werden, dass auf den Positionen der 58. mechanisierten Brigade im Gebiet von Peski die Arbeit des Kommandeurs des Verbandes, des Kriegsverbrechers Kaschtschenko, bemerkt wurde.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus das Feuer mit Antipanzergrenatwerfer und Schusswaffen auf **Leninskoje** eröffnet.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainische Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Disziplinarmaßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Neben einer Vergrößerung der Zahl und der Intensität der Beschießungen des Territoriums der Donezker Volksrepublik **verletzt die ukrainische Seite weiter grob nicht nur den Komplex von Zusatzmaßnahmen, sondern auch die Normen der „Genfer Konvention des Jahres 1949 über den Schutz der Zivilbevölkerung“.**

Wir erhalten weiter Informationen von Einwohnern, die auf dem von den BFU kontrollierten Territorium leben, über die **Verstärkung von Minensperren** durch die Kämpfer, die unmittelbar Leben und Gesundheit von Bürgern gefährden sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindern. So haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Gebirgsturmgrade nach uns vorliegenden Informationen in der Nähe einer allgemeinen Straße am Rand von Nowgorodskoje mehr als 430 Antipanzermine TM-62 installiert. Und am Rand von Nelepowka haben Kämpfer des 109. Bataillons 46 Antipersonenminen PMN-2 installiert. Die ungeordnete Installation der genannten Minen hat mehrfach zu tragischen Folgen sowohl für die Kämpfer selbst als auch für Zivilisten geführt. Unter anderem wurden, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 1. März infolge der Geratens auf eine TM-62M-Mine eines KAMAS-Fahrzeugs der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Schirokino neun Kämpfer verletzt und einer getötet.

de.rt.com: **Für rund 1,5 Milliarden Euro: USA genehmigen Verkauf von modernen Boeing-Spionagejets an Deutschland**

Das US-Außenministerium hat den Verkauf von fünf P-8A-Poseidon-Flugzeugen, die von Boeing als eines der "fortschrittlichsten" Waffensysteme der Welt beworben werden, samt Ausrüstung an Deutschland genehmigt – zum Preis von rund 1,5 Milliarden Euro. Inmitten verstärkter NATO-Aktivitäten an der russischen Grenze genehmigen die USA den Verkauf von modernen Boeing-Spionagejets an Deutschland samt Ausrüstung. Am Freitag hatte das Büro für Politisch-Militärische Angelegenheiten (Bureau of Politico-Military Affairs) des Außenministeriums die Genehmigung des deutschen Antrags zum Kauf von fünf Seefernaufklärern des Typs P-8 Poseidon bekannt gegeben. Als Teil des Pakets, das derzeit einen Wert von 1,77 Milliarden Dollar (rund 1,5 Milliarden Euro) hat, werden unter anderem Triebwerke, Sensoren, Radarsysteme, Kommunikationsausrüstung, Ersatzteile, Software und Ausbildung genannt.

Berlin will seine betagte Bundeswehr-Flotte von acht Seefernaufklärern vom Typ P-3C Orion

bis 2025 austauschen und ist bestrebt, die Poseidon-Flugzeuge zu beschaffen, die Boeing als Nachfolgemodell entwickelt hat. Sie sind derzeit bei der US Navy, den britischen Luftstreitkräften (Royal Air Force) und der Royal Australian Air Force im Einsatz. In einer offiziellen Mitteilung an den US-Kongress teilte die Defense Security Cooperation Agency (DSCA) mit, der Verkauf würde "die Außenpolitik und die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten fördern, indem er die Sicherheit eines NATO-Verbündeten" verbessert, der als "eine wichtige Kraft für die politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa" beschrieben wird.

Im Rahmen des Projekts sollen vier US-Regierungsbeamte und vier Vertragspartner zwei Jahre in Deutschland verbringen, um bei der "Einarbeitung in die Ausrüstung, Ausbildung und Unterstützung bei der Belieferung" zu assistieren, hieß es weiter seitens der DSCA. Der US-Kongress muss dem Verkauf noch endgültig zustimmen, aber es gilt als unwahrscheinlich, dass er auf Widerstand stößt.

Der Verkauf ist ein Glücksfall für Boeing, den wichtigsten US-Hersteller von zivilen und militärischen Flugzeugen. In den vergangenen zwei Jahren musste das US-Unternehmen seine 737-Max-Flotte wegen einer Reihe von fatalen Abstürzen am Boden lassen und dann die Produktion in seinem größten Werk in Washington wegen der COVID-19-Pandemie einstellen.

Boeing bewirbt die P-8A als "einen Mehrzweck-Seefernaufklärer, der sich durch seine Fähigkeiten in der U-Boot-Bekämpfung, der Anti-Oberflächenkriegsführung, der Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung sowie der Suche und Rettung auszeichnet", und fügt an, dass sie "das fortschrittlichste Waffensystem der Welt" mit dem Kostenvorteil kombiniert, 86 Prozent ihrer Teile mit der 737 zu teilen.

Die Poseidon ist nicht nur ein Spionageflugzeug, das in der Lage ist, Ziele zu überwachen oder Kampfflugzeuge zu ihnen zu lotsen, sondern auch eine Waffenplattform, die nach Ansicht von Luftfahrtexperten "eine ernst zu nehmende Schlagkraft hat" und in der Lage ist, Raketen und Bomben für den Angriff auf Boden-, See- und Unterwasserziele gleichermaßen zu tragen.

Der Anschaffung der modernen Jets durch Deutschland geht eine starke Zunahme der NATO-Flüge entlang der russischen Grenze im letzten Jahr voraus. Allein im Jahr 2020 registrierte das russische Verteidigungsministerium schätzungsweise 2.900 Kampfflugzeuge und 1.100 Spionageflugzeuge, die sich dem Luftraum des Landes näherten und in vielen Fällen von Abfangjägern eskortiert werden mussten.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.03/article/604c778bb480cc502e1e32a5.JPG>

**Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR
Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK haben ukrainische Kämpfer in den letzten 24 Stunden den Beschuss des Territorium des Republik in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung fortgesetzt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Fedossenko das Gebiet von **Molodjoshnoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen und sechs Geschosse abgefeuert. **Zur Feuerleitung versuchte der Gegner eine Drohne einzusetzen, die** dank koordinierter Handlungen einer Mannschaft der elektronischen Kriegsführung unter Einsatz einer Station „Triton M1“, die von unseren Spezialisten entwickelt wurde, **rechtzeitig entdeckt wurde und durch Blockade der Leitungs- und Navigationskanäle über den Positionen der BFU abstürzte.**

Die Unmöglichkeit von Luftaufklärung und Feuerleitung des Beschusses auf die zivile Infrastruktur von Molodjoshnoje zwang den Gegner, den Beschuss einzustellen.

Es ist bemerkenswert, dass nach Informationen unserer Aufklärung am 11. März auf den Positionen des 1. Bataillons der 92. mechanisierten Brigade im Gebiet von Katerinowka Munition für 82mm-Mörser angeliefert wurde, was von der Vorbereitung dieser Provokation zeugt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

An der Eisenbahnstation in Rubeshnoje wurde die Ankunft eines Militärzugs mit 15 122mm-Haubitzen „Gwosdika“ aus dem Bestand der 2. Artillerieabteilung der 1. Panzerbrigade festgestellt. Wir wenden uns an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte, die Ankunft der schweren Waffen zu registrieren, die gemäß den Minsker Vereinbarungen an den Abzugsorten befinden müssten.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten ständig den Gegner, halten Streng den geltenden Waffenstillstand ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren.

snanews.de: **Militärflugzeug in Kasachstan abgestürzt**

In Kasachstan ist am Samstag ein Militärflugzeug An-26 abgestürzt, teilte das Katastrophenschutzministerium des Landes mit.

Bei dem Unglück starben vier Menschen, zwei weitere kamen verletzt ins Krankenhaus.

„Heute gegen 17:20 (12:20 MEZ) ging beim Landeanflug im Flughafen von Almaty der Kontakt mit dem Flugzeug An-26, das aus Nur-Sultan nach Almaty unterwegs war, verloren. Es wurde Alarm geschlagen, die Rettungsdienste des Flughafens trafen vor Ort ein“, hieß es in einer Mitteilung des Flughafens auf Facebook.

Das Flugzeug sei an der Schwelle der Landebahn abgestürzt.

Der Flieger gehörte nach ersten Erkenntnissen dem Grenzschutzdienst des Komitees für nationale Sicherheit.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0d/1267506_0:317:3079:2048_1280x0_80_0_0_bca024faef3f1037cd4f014f16eb2c01.jpg

dnronline.su: Der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR teilt mit:

Vom 6. bis 12. März wurden nach offiziellen Quellen in der Folge von Beschüssen von Seiten der BFU ein Zivilist und ein Soldat der Republik verletzt.

Im selben Zeitraum starben auf dem Territorium der DVR durch Beschuss der BFU vier Soldaten der Republik. Außerdem starb in dieser Woche ein weiterer Verteidiger DVR an einer vor kurzem erlittenen Schussverletzung am Kopf.

snnews.de: WSJ: US-Bundesgericht setzt Investitionsverbot für Xiaomi aus

Das US-Bundesgericht hat das von der Administration verhängte Verbot für Investitionen in das chinesische Technologieunternehmen Xiaomi vorübergehend ausgesetzt, schreibt das „Wall Street Journal“.

Die Zeitung unterstreicht, dass Bundesrichter Rudolph Contreras bei der Verkündung seines Verdikts die im Januar vom Pentagon getroffene Entscheidung zu Xiaomi in Zweifel gezogen hat. Das Unternehmen war wegen Verbindungen zum chinesischen Militär auf die schwarze Liste gesetzt worden. Dem Bundesrichter zufolge konnten anhand der dem Gericht vorgelegten Unterlagen keine schlüssigen Beweise für Verbindungen des Unternehmens zum Militär erbracht werden.

„Xiaomi ist ein öffentliches Unternehmen, das kommerzielle Produkte für die zivile Nutzung herstellt und vom eigenen unabhängigen Rat und von den Mehrheitseigentümern kontrolliert wird. Es steht faktisch außer Kontrolle anderer Organisationen bzw. ist nicht mit anderen Organisationen verbunden, die Eigentum der VR China sind oder von ihr bzw. ihren Sicherheitsdiensten kontrolliert werden“, erklärte Contreras.

Die US-Administration hat im Januar neun chinesische Unternehmen, darunter den Smartphone-Hersteller Xiaomi und die Fluggesellschaft Comac, auf die Sperrliste gesetzt. Xiaomi wurde 2010 gegründet. Das Unternehmen stellt Smartphones, Tablett-PCs und Smart-Hauswaren her. Sein Erstes Öffentliches Angebot (IPO) im Juli 2018 an der Börse von Hongkong war am größten in der Technologiebranche seit dem IPO des chinesischen Internetriesen Alibaba im Jahr 2014.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/0f/529044_0:160:3073:1888_1280x0_80_0_0_a2e131c02ab7631e51ec0925d63776a6.jpg

Dan-news.info: Nach Informationen des Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk begann um 17:00 Uhr der Beschuss der **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** im Westen von Donezk, teilte der Bürgermeister der Hauptstadt Alexej Kulemsin mit. In der Krasnaja-Swesda-Straße geriet ein Haus in Brand. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen. Ein Patrouille der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung ist an den Ort des Geschehens gefahren, um die Umstände zu untersuchen.

snaneews.de: **Fünf EU-Länder fordern hochrangige Diskussion zu Impfstoffverteilung**

Fünf EU-Länder dringen auf hochrangige EU-Gespräche für eine gerechtere Verteilung von Corona-Impfdosen. Die Regierungschefs von Österreich, Bulgarien, Lettland, Slowenien und Tschechien legten ihre Forderung in einem Brief an den EU-Ratspräsidenten Charles Michel und die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen dar.

Das derzeitige Bestellsystem würde sonst „bis zum Sommer riesige Ungleichheiten unter Mitgliedsstaaten schaffen und vertiefen“, heißt es in dem Schreiben.

Österreichs Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte am Freitag kritisiert, dass Impfdosen unter den EU-Staaten nicht anteilig aufgeteilt werden, sondern dass zusätzliche Lieferverträge durch nicht transparente Verhandlungen in einer EU-Steuerungsgruppe zustande kämen.

Nach Angaben der EU-Kommission kann es zu Verschiebungen kommen, wenn nicht alle Länder gemäß ihrem Anteil bestellen. Nicht genutzte Kontingente könnten dann unter anderen Mitgliedsstaaten aufgeteilt werden.

Kurz verwies darauf, dass zum Beispiel die Niederlande und Dänemark Zugang zu wesentlich mehr Impfstoff pro Kopf haben als Länder wie Bulgarien oder Kroatien. Die fünf Regierungschefs bemängelten, dass die derzeitige Praxis der EU-Vereinbarung über eine anteilige Verteilung widerspreche.

„Wir fordern Dich daher auf, Charles, so bald wie möglich eine Diskussion unter Staats- und Regierungschefs abzuhalten“, schrieben sie.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/0b/470388_0:153:2459:1536_1280x0_80_0_0_967975a32015b7af2c4b59e52e86f3c0.jpg

de.rt.com: **Statt Abrüstung: Großbritannien plant neue Obergrenze seines Nuklearsprengkopf-Arsenals**

Rund 195 Atomwaffen hat Großbritannien derzeit. Der britische Telegraph ließ am Freitag über Twitter verlauten, dass sich die Zahl der gelagerten Sprengköpfe erhöhen wird. Die Obergrenze kann laut Gesetz angesichts der "internationalen Sicherheitslage" angepasst werden.

Von den rund 195 gelagerten Atomwaffen in Großbritannien könnten 120 direkt eingesetzt werden. Diese unterliegen der Kontrolle der Royal Navy. Eine offizielle Ankündigung über die Erweiterung der Zahl der gelagerten Nuklearsprengköpfe wird es wohl am Dienstag geben. Die stellvertretende politische Redakteurin Lucy Fisher von The Telegraph schrieb am Freitag über Twitter von der Ausweitung des Nuklearsprengkopf-Arsenals.

Über die offizielle Ankündigung sagte sie, diese werde über den "Integraler Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy" veröffentlicht werden. Im Jahr 2015 hatte die britische Regierung beschlossen, dass die maximale Zahl der Nuklearwaffen bis Mitte 2020 bei 180 liegen dürfte. Laut einer Klausel aber kann die Zahl angesichts der "internationalen Sicherheitslage und den Handlungen potenzieller Gegner" angepasst werden. Großbritannien begann 1952, nach den USA und der Sowjetunion, mit der Entwicklung und dem Test von Nuklearwaffen. Das Land setzt als einzige Atommacht auf ausschließlich seegestützte Atomwaffen. Für Streit sorgen die Atomwaffen bis heute mit Schottland. Im Jahr 2014, als Schottland über seine Unabhängigkeit debattiert hatte, waren die Atomwaffen, die im Stützpunkt Faslane gelagert werden, ein Argument. Ein unabhängiges Schottland soll atomwaffenfrei sein. Im Brexit-Streit warnte die damalige Premierministerin Theresa May, dass die britischen Atom-U-Boote der EU keinen Schutz gewähren würden, sollte es zum Handelsstreit kommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/604bc74848fbef41797cd294.jpg>